

**Rede
des Sprechers für Bau- und Wohnpolitik**

Dirk Adomat, MdL

zu TOP Nr. 13

Aktuelle Stunde

**Reform der Europäischen Agrarpolitik ab 2021:
Öffentliche Gelder nur noch für öffentliche
Leistungen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/1529

während der Plenarsitzung vom 27.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

im letzten Plenum haben wir den gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU beschlossen. Dieser trug die Überschrift: „Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken – Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020“. Zu diesem Antrag habe ich ausführlich Stellung genommen und insbesondere die Gemeinsamkeiten zum jetzt abzustimmenden Antrag der Grünen dargestellt.

Der Antrag der Grünen rückt hauptsächlich die vom Agrarkommissar Phil Hogan formulierten Ziele in den Fokus. Ich habe Ihnen dargestellt, dass die SPD selbstverständlich zu den Zielen, den Klimawandel einzudämmen, Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und eines effizienten Ressourcenmanagements und der Erhaltung von Natur und Landschaft steht.

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Rahmen einer internen Verbandsanhörung sich mit den Möglichkeiten von Umschichtungen von der 1. in die 2. Säule auseinandergesetzt. Der bereits beschlossene Antrag hat das Ergebnis dieser Anhörung ebenfalls mit berücksichtigt. Lassen Sie mich kurz noch einmal darstellen, in welchen Punkten sich unser Antrag von dem der Grünen abhebt:

Wir wollen die genannten Ziele umzusetzen und dabei einen funktionierenden Agrarbinnenmarkt weiter erhalten. Uns geht es darum, dass die Förderprogramme der 2. Säule zielgenau auf unseren Bedarf in Niedersachsen zugeschnitten werden können. Und wir wollen eine Erleichterung für die Antragstellenden und Verwaltungen bei der Umsetzung des EU-Rechts.

Sie sehen also, dass der von uns eingebrachte und bereits beschlossene Antrag weitaus mehr berücksichtigt und es richtig war, diesen zu beschließen. Daher ist es jetzt genauso konsequent, den Antrag der Grünen abzulehnen.